

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

zu der Unterrichtung über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2004 der EU-Mitgliedstaaten – Drucksache 15/5600 – Nachtrag und Aktualisierung

Griechenland und Portugal hatten jeweils ihre aktualisierten Stabilitätsprogramme bereits Ende 2004 vorgelegt. Beide Länder sahen sich jedoch veranlasst, ihre aktualisierten Programme wieder zu revidieren und reichten im März bzw. Juni 2005 überarbeitete Fassungen ein. Anlass im Fall Griechenlands war hierfür die inzwischen erfolgte Verschärfung des Defizitverfahrens und die danach geforderte Einbeziehung neuer Daten und zu ergreifender Maßnahmen in einem revidierten Stabilitätsprogramm. Im Fall Portugals war der Regierungswechsel nach den vorgezogenen Parlamentswahlen im Februar des Jahres Anlass für die Übermittlung einer um die aktuelle Datenlage revidierten Fassung des portugiesischen Stabilitätsprogramms im Juni.

Der ECOFIN-Rat gab seine Stellungnahmen zu den revidierten Aktualisierungen der Programme am 12. April bzw. 12. Juli 2005 ab.

Griechenland

Mit der am 21. März vorgelegten überarbeiteten Aktualisierung seines Stabilitätsprogramms folgte Griechenland fristgemäß der Entscheidung des ECOFIN-Rates vom 17. Februar 2005. Der Rat hatte Griechenland in Verzug gesetzt und Empfehlungen zur Beseitigung seines übermäßigen Defizits spätestens in 2006 gegeben. Das Programm, das einem Bericht über Einhaltung dieser Rats-Empfehlungen entspricht, zielt darauf ab, die Defizite im Programmzeitraum von 6,1 Prozent des BIP in 2004 auf 2,4 Prozent des BIP in 2007 abzubauen. Es sieht für 2005 bei einem unterstellten Basis-Wachstums-Szenario von 3,9 Prozent fiskalische Maßnahmen vor, die nach Berechnungen der KOM zusammen mit einem im März angekündigten zusätzlichen Maßnahmenpaket zu einer Sen-

kung des Defizits auf 4,0 Prozent des BIP führen sollen. Für 2006 erwartet die griechische Regierung ein BIP-Wachstum von 4 Prozent und strebt eine Defizitrückführung unter die 3-Prozent-Grenze an. Sie hat zur Sicherstellung des Erreichens dieser Zielsetzung eine Verpflichtung abgegeben, erforderlichenfalls im Haushalt 2006 weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Der Rat hat die Verpflichtung der griechischen Regierung begrüßt, das Defizit 2006 wieder unter die 3-Prozent-Grenze zurückzuführen. Er empfiehlt Griechenland, nicht nur den Haushalt 2005 rigoros umzusetzen, sondern noch im laufenden Jahr zusätzliche strukturelle Maßnahmen zu treffen. Nach Auffassung des Rates stimmen die im überarbeiteten Stabilitätsprogramm entwickelte Haushaltsstrategie, das Maßnahmenpaket und die Verpflichtung der Regierung insgesamt mit den Empfehlungen der Rats-Entscheidung vom 17. Februar 2005 überein. Daraus folgend werden aus derzeitiger Sicht keine weiteren prozeduralen Schritte im Defizitverfahren für erforderlich angesehen. Eine neue Bewertung wird im Herbst auf Grundlage des griechischen Haushalts für 2006 sowie des Fortschrittsberichts (zur Erfüllung der Rats-Empfehlungen nach Artikel 104 Abs. 9 EG-Vertrag per Ende Oktober) erfolgen.

Portugal

Das der KOM am 9. Juni 2005 übermittelte aktualisierte Stabilitätsprogramm Portugals räumt einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung Priorität ein. Entgegen der Praxis in den Vorjahren erfolgt im laufenden Jahr weitgehend kein Rückgriff auf Einmalmaßnahmen. Dies wie auch eine unerwartet schlechte Entwicklung des BIP-Wachstums und ein höherer Anstieg der öffentlichen Ausgaben

führt zu einer erheblichen Ausweitung des Haushaltsdefizits auf 6,2 Prozent des BIP in 2005. Diese Defizitschätzung berücksichtigt bereits ein im Juni gebilligtes Korrekturpaket im Umfang von rund 0,6 Prozent des BIP. Die Schuldenstandsquote liegt seit dem Vorjahr über der 60-Prozent-Grenze und soll in diesem Jahr weiter auf 66,5 Prozent des BIP ansteigen. Das dem aktualisierten Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht vor, dass sich das reale BIP-Wachstum von 0,8 Prozent in 2005 allmählich bis 2009 auf 3 Prozent beschleunigen wird. Im Fokus des Programms stehen strukturelle Maßnahmen, wie eine straffe Kontrolle der laufenden Primärausgaben (insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Sozialversicherung, öffentlicher Dienst). Hierdurch soll das Haushaltsdefizit bis 2008 wieder unter die 3 Prozent-Marke gesenkt werden. Einnahmen aus der zum 1. Juli des Jahres durchgeführten Erhöhung der MWST um 2 Prozentpunkte auf 21 Prozent sollen umgehend zu einer Entlastung der Sozialversicherungen führen.

Der Rat lobt in seiner Stellungnahme zum aktualisierten Programm Portugals, dass die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen weitgehend von der Ausgabenseite her

erfolgen soll und sich nicht auf einmalige Maßnahmen stützt. Die Senkung des projizierten Haushaltsergebnisses bis 2008 wieder unter die 3-Prozent-Grenze wird allerdings als „mit verschiedenen Risiken behaftet“ beurteilt. Der Rat behält sich vor, die portugiesische Regierung zur Einhaltung ihrer Verpflichtung aufzufordern, dann gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, falls das Ziel für 2008 in Gefahr gerät. Kritisch wird gesehen, dass das Mittelfristziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts während des Programmzeitraums nicht erreicht werden kann. Die vorgesehenen strukturellen Maßnahmen erscheinen dem Rat zudem als nicht ausreichend, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Portugal angesichts der Bevölkerungsalterung zu gewährleisten.

Die Kommission hat in Anbetracht der im aktualisierten Stabilitätsprogramm enthaltenen Defizit- und Schuldenstandsdaten für 2005 am 22. Juni 2005 das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit gegenüber Portugal eingeleitet (Bericht nach Artikel 104 Abs.3 EG-Vertrag). Der Rat wird auf seiner nächsten Sitzung auf der Grundlage einer KOM-Empfehlung eine Entscheidung über die Existenz eines übermäßigen Defizits treffen und Empfehlungen zur Korrektur dieser Situation abgeben.

Anlage 1



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 12. April 2005 (14.04)
(OR. en)**

7990/05

UEM 101

VERMERK

des Generalsekretariats des Rates
für die Delegationen

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Griechenlands

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Griechenlands in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 12. April 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 1

ANLAGE

**STELLUNGNAHME DES RATES
vom 12. April 2005
zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Griechenlands für 2004-2007**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken¹, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Am 12. April 2005 prüfte der Rat das aktualisierte Stabilitätsprogramm Griechenlands für den Zeitraum 2004 bis 2007. Das Programm entspricht weithin den Datenanforderungen des "Verhaltenskodexes betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme". Die Preisentwicklung wird anhand des Deflators der privaten Konsumausgaben und nicht anhand des harmonisierten Verbraucherpreisindex dargestellt. Was die grundlegenden externen Annahmen angeht, so enthält das Programm entgegen dem Verhaltenskodex weder Daten zum Wachstum des Welt-BIP ohne EU noch zum Wachstum der maßgeblichen Auslandsmärkte. Einzelheiten zu den Maßnahmen, mit denen die Ziele für 2007 erreicht werden sollen, enthält das Programm nicht. Griechenland wird daher aufgefordert, die vollständige Übereinstimmung mit den Datenanforderungen herzustellen.

¹ ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

- (2) In dem Programm werden drei verschiedene makroökonomische Szenarien betrachtet. Aufgrund neuester Erkenntnisse, die in der Frühjahrsprognose der Kommissionsdienststellen berücksichtigt wurden, wird nicht das Basisszenario, sondern das dritte dargelegte Szenario als Referenz für die Programmbewertung herangezogen, da es offenbar plausible makroökonomische Annahmen widerspiegelt, die sich von den Prognosen der Kommission nur geringfügig unterscheiden. In diesem für die Programmbewertung verwendeten Referenzszenario wird ein reales BIP-Wachstum von 2,9 % im Jahr 2005 unterstellt, das sich in den Jahren 2006 und 2007 marginal auf 3 % beschleunigt. Das Potenzialwachstum soll sich im Laufe des Programmzeitraums allmählich von rund 3,3 % im Jahr 2005 auf 3 % im Jahr 2007 vermindern, während sich die erhebliche positive Produktionslücke von 2004 bis zum Jahr 2007 allmählich verringern dürfte.
- (3) Am 5. Juli 2004 entschied der Rat, dass in Griechenland ein übermäßiges Defizit bestand, und empfahl dessen Korrektur bis spätestens 2005. Am 18. Januar 2005 stellte der Rat fest, dass Griechenland aufgrund seiner Empfehlungen keine wirksamen Maßnahmen getroffen hatte. Am 17. Februar 2005 beschloss der Rat gemäß Artikel 104 Absatz 9, Griechenland mit der Maßgabe in Verzug zu setzen, Maßnahmen zu ergreifen, damit das Defizit spätestens 2006 unter die Marke von 3 % des BIP sinkt. Die griechischen Behörden wurden außerdem aufgefordert, andere Faktoren als die Nettokreditaufnahme, die zu einer Veränderung des Schuldenniveaus beitragen können, zu bestimmen und im Zaum zu halten, und die Erhebung und Verarbeitung der Daten zum Gesamtstaat zu verbessern.
- (4) Nach der Datenmeldung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit vom März 2005 wies der gesamtstaatliche Haushalt 2004 ein Defizit von schätzungsweise 6,1 % des BIP auf. Dieses Defizit ist 0,8 Prozentpunkte höher als der von der griechischen Regierung im September 2004 gemeldete Schätzwert von 5,3 % des BIP, was auf Steuerausfälle und Ausgabenüberschreitungen im Umfang von einem halben Punkt des BIP zurückzuführen ist. Unter Hinweis darauf, dass die Zahlen für das gesamtstaatliche Defizit 2004 und die davor liegenden Jahre aufgrund einiger noch offener Fragen möglicherweise nach oben korrigiert werden müssen, beschloss Eurostat am 18. März 2005, die Defizitzahlen für Griechenland nicht zu validieren.

noch Anlage 1

- (5) Die haushaltspolitische Strategie der griechischen Regierung zielt darauf ab, das Defizit durch eine Kombination aus Ausgabenkürzungen sowie Einnahmen erhöhenden Maßnahmen, die zu wachsenden Primärüberschüssen führen soll, im Einklang mit der Entscheidung des Rates nach Artikel 104 Absatz 9 im Jahr 2006 unter den Referenzwert von 3 % des BIP zu senken. Zu diesem Zweck hat die griechische Regierung für das Jahr 2005 ein finanzpolitisches Maßnahmenpaket beschlossen, das zu den im verabschiedeten Haushalt 2005 bereits enthaltenen Maßnahmen hinzukommen soll, die auf Dauer angelegt sind. Nach dem Referenzszenario soll das nominale gesamtstaatliche Haushaltsdefizit im Programmzeitraum um beträchtliche 3,6 Prozentpunkte gesenkt werden, von 6,1 % des BIP 2004 auf 2,4 % 2007. Der Primärsaldo soll sich substantiell von einem Defizit von 0,4 % im Jahr 2004 in einen Überschuss von 1,8 % des BIP im Jahr 2005 verwandeln, der bis zum Ende des Programmzeitraums auf 3,3 % des BIP anwachsen soll.
- (6) Es besteht das Risiko, das das Haushaltsergebnis 2005 und danach schlechter ausfällt als im Programm angenommen. So könnten sich insbesondere die Trendprojektionen für die Sozialversicherungsbeiträge und die staatlichen Konsumausgaben als zu günstig erweisen, während die geplanten Anpassungsmaßnahmen, insbesondere in den späteren Programmjahren, nicht hinreichend ausgeführt werden. Außerdem könnten die neuen statistischen Revisionen für 2004 und die davor liegenden Jahre potenzielle Überlagerungseffekte mit sich bringen, die zusätzliche Maßnahmen für die Zukunft erforderlich machen. Die griechischen Behörden haben ihre Bereitschaft angekündigt, über die 2005 bereits beschlossenen Maßnahmen hinaus im Haushaltsplan 2006 weitere Sparmaßnahmen auf der Ausgabenseite durchzuführen, um das Defizit gemäß den Vorgaben des Rates 2006 tatsächlich unter den Referenzwert von 3 % zu senken. Der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs schafft keine ausreichende Sicherheitsmarge, damit der Referenzwert bei normalen Konjunkturschwankungen nicht überschritten wird, und führt im gesamten Programmzeitraum auch nicht zu dem im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerten mittelfristigen Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts oder eines Haushaltsüberschusses.
- (7) Die Schuldenquote soll von 110,5 % des BIP 2004 lediglich auf 109,5 % des BIP 2005 und anschließend auf 107,2 % des BIP 2006 und 104,7 % des BIP 2007 sinken. Ein rascherer Schuldenabbau wird durch signifikante schulden erhöhende Bestandsanpassungen verhindert, die gegenüber 2004 zwar abnehmen, aber trotz geplanter Privatisierungserlöse dennoch erheblich bleiben dürften. In Anbetracht der vorerwähnten Risiken für die Haushaltsziele könnte sich die Schuldenquote ungünstiger entwickeln als projiziert.

- (8) In Bezug auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen scheinen in Griechenland, auch wegen der sehr hohen projizierten Kosten einer alternden Bevölkerung, ernste Risiken zu bestehen. Der projizierte beträchtliche Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben legt den Schluss nahe, dass zusätzliche Maßnahmen zur Eindämmung der öffentlichen Rentenausgaben, unter anderem die energische Umsetzung der in Kraft gesetzten Reformmaßnahmen, notwendig sein werden.
- (9) Die in der Programmaktualisierung dargestellte Wirtschaftspolitik steht mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich öffentliche Finanzen teilweise im Einklang. So enthält das Programm insbesondere keine hinreichend wirksamen Maßnahmen zur Herstellung eines in etwa ausgeglichenen Haushalts oder Haushaltsüberschusses. Das von den Kommissionsdienststellen unter Anwendung der gemeinsamen Methodik auf die Daten des Referenzszenarios berechnete konjunkturbereinigte Defizit würde, auch wenn es dem Programm zufolge alljährlich um mindestens 0,5 % des BIP abgebaut werden soll, im gesamten Programmzeitraum bei über 3 % des BIP liegen. Allerdings stehen die zur Korrektur des Haushaltsungleichgewichts unternommenen Schritte und die am 29. März veröffentlichten festen Zusagen der Regierung mit den Empfehlungen des Rates, die mit der Inverzugsetzung Griechenlands gemäß Artikel 104 Absatz 9 am 17. Februar ausgesprochen wurden, im Einklang. Daher sind derzeit keine weiteren Schritte im Verfahren bei einem übermäßigen Defizit erforderlich. Auf der Grundlage des Berichts, den die griechischen Behörden im Oktober gemäß der Inverzugsetzung des Rates vorzulegen haben, wird die Befolgung der Empfehlungen erneut bewertet werden.

* * *

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung sollte Griechenland nach Auffassung des Rates

- die notwendigen dauerhaften Maßnahmen zur Korrektur des übermäßigen Defizits spätestens im Jahr 2006 durchführen;
- das konjunkturbereinigte Defizit ab 2007 hauptsächlich durch Maßnahmen zur Eindämmung der Primärausgaben um mindestens 0,5 % des BIP zurückführen, um auf mittlere Sicht einen in etwa ausgeglichenen Haushalt oder einen Haushaltsüberschuss zu erreichen;

noch Anlage 1

- verstärkte Anstrengungen unternehmen, um andere Faktoren als die Nettokreditaufnahme, die zu einer Veränderung des Schuldenniveaus beitragen, zu bestimmen und im Zaum zu halten und so eine Rückführung der öffentlichen Bruttoschuldenquote zu gewährleisten, damit eine raschere Annäherung an den Referenzwert erfolgt;
- die öffentlichen Rentenausgaben eindämmen und die in Kraft gesetzten Reformen energisch umsetzen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen;
- die Erhebung und Verarbeitung der Daten zum Gesamtstaat in Zusammenarbeit mit Eurostat zügig weiter verbessern, namentlich durch Ausbau der Mechanismen, die eine prompte und korrekte Lieferung dieser Daten sicherstellen.

Gegenüberstellung zentraler makroökonomischer und budgetärer Projektionen

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	SP März 2005	4,2	2,9	3,0	3,0
	KOM März 2005	4,2	2,9	3,1	
	SP Dez. 2003	4,2	4,0	3,8	n.v.
HVPI-Inflation (%)	SP März 2005	3,0	n.v.	n.v.	n.v.
	KOM März 2005	3,0	3,2	3,2	
	SP Dez. 2003	3,0	2,8	2,6	n.v.
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP) ^(*)	SP März 2005	-6,1	-3,7	-2,9	-2,4
	KOM März 2005	-6,1	-4,5	-4,4	
	SP Dez. 2003	-1,2	-0,5	0,0	n.v.
Primärsaldo (% des BIP) ^(*)	SP März 2005	-0,4	1,8	2,7	3,3
	KOM März 2005	-0,4	1,0	1,0	
	SP Dez. 2003	4,7	5,1	5,3	n.v.
Konjunkturbereinigter Saldo (% des BIP) ^(*)	SP März 2005¹	-7,0	-4,4	-3,5	-3,0
	KOM März 2005	-7,1	-5,5	-5,3	
	SP Dez. 2003	-1,2	-0,5	0,0	n.v.
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	SP März 2005	110,5	109,5	107,2	104,7
	KOM März 2005	110,5	110,5	108,9	
	SP Dez. 2003	98,5	94,6	90,5	n.v.
<u>N.B.:</u>					
¹ Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen.					
^(*) Die Kommissionsprojektionen berücksichtigen nicht die am 29. März angekündigten Maßnahmen.					
<u>Quellen:</u>					
Revidiertes aktualisiertes Stabilitätsprogramm vom März 2005 (SP); Frühjahrsprognose 2005 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.					

Anlage 2



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 12. Juli 2005 (14.07)
(OR. en)**

11122/05

UEM 169

VERMERK

des Generalsekretariats des Rates
für die Delegationen

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Portugals

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Stellungnahme des Rates zu dem von Portugal vorgelegten aktualisierten Stabilitätsprogramm, wie sie der Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 12. Juli 2005 angenommen hat.

Anlage

noch Anlage 2

ANLAGE

STELLUNGNAHME DES RATES
vom 12. Juli 2005
zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Portugals für 2005-2009

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken¹, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Am 12. Juli 2005 hat der Rat das aktualisierte Stabilitätsprogramm Portugals für den Zeitraum 2005-2009 geprüft. Das Programm entspricht den Datenanforderungen des "Verhaltenskodexes betreffend Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme"². Allerdings liefert das Programm keine Projektionen zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Deshalb wird Portugal aufgefordert, den Datenanforderungen des Verhaltenskodexes in vollem Umfang zu entsprechen.

¹ ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

² Die portugiesische Regierung hatte im Dezember 2004 eine Programmfortschreibung vorgelegt, womit sie der formell vorgeschriebenen Vorlagefrist entsprach. Mit Blick auf die in Portugal bevorstehenden Parlamentswahlen wurde zum damaligen Zeitpunkt jedoch beschlossen, das Programm nicht zu bewerten, sondern auf die von der neuen Regierung vorzulegende Aktualisierung zu warten.

noch Anlage 2

- (2) Die Fortschreibung des Stabilitätsprogramms beruht auf der notwendigen Korrektur des öffentlichen Defizits, das mit 6,2 % des BIP im Jahr 2005 den Projektionen zufolge erheblich über dem Referenzwert von 3 % des BIP liegen wird. Diese Zahl folgt auf ein Defizit von 2,9 % des BIP in den Jahren 2002 bis 2004 ¹, das kürzlich von den portugiesischen Behörden unter Berücksichtigung der Anmerkungen von Eurostat gemeldet wurde, und ist beträchtlich schlechter als der in der vorigen Programmfortschreibung für 2005 enthaltene Zielwert von 2,2 % des BIP. Die Verschlechterung erklärt sich aus dem hinter den Erwartungen zurückbleibenden Wachstum, einer Neubewertung des Ausgabenwachstums, dem Überschreiten des Budgets und der Nichteinführung der im vorherigen Programm geplanten einmaligen Maßnahmen sowie aus einem von der neuen Regierung im Juni 2005 gebilligten Korrekturpaket im Umfang von rund 0,6 % des BIP. Zur Reduzierung des Defizits stellt die Aktualisierung eine Strategie vor, die der Durchführung struktureller Maßnahmen den Vorzug vor dem umfassenden Einsatz einmaliger und befristeter Maßnahmen gibt, was auf eine Änderung gegenüber der in den früheren Fortschreibungen skizzierten Haushaltsstrategie hindeutet. Das öffentliche Defizit wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich stetig verbessern, doch bis 2007 über dem Referenzwert von 3 % des BIP liegen.
- (3) Das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht vor, dass sich das reale BIP-Wachstum allmählich von 0,8 % im Jahr 2005 über Wachstumsraten von 1,4 %, 2,2 % und 2,6 % in den Folgejahren auf 3 % im Jahr 2009 beschleunigen wird. Nach aktuellem Kenntnisstand sind die Wachstumsprojektionen für den ersten Teil des Programmzeitraums plausibel, während für die späteren Programmjahre mehr Risiken bestehen. Strukturelle Maßnahmen zur Förderung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit und Wiederherstellung des Vertrauens sind unbedingt erforderlich, um den projizierten Wachstumspfad zu verwirklichen.
- (4) Dem Programm zufolge soll bis 2008 ein gesamtstaatliches Defizit erreicht werden, das unter dem Referenzwert des Vertrags von 3 % des BIP liegt. Die öffentliche Defizitquote soll von 6,2 % des BIP im Jahr 2005 auf 4,8 % im Jahr 2006, 3,9 % im Jahr 2007, 2,8 % im Jahr 2008 und 1,6 % im Jahr 2009 sinken. Nach den Berechnungen, die die Kommissionsdienststellen unter Anwendung der vereinbarten Methodik auf die in dem Programm enthaltenen Angaben angestellt haben, weitet sich das konjunkturbereinigte Defizit auf 5,3 % des BIP im Jahr 2005 aus, bevor es allmählich auf 1,4 % des BIP im Jahr 2009

¹ Ohne umfangreichere einmalige und befristete Maßnahmen betrug das Defizit in den Jahren 2002, 2003 und 2004 4,1 %, 5,4 % bzw. 5,2 % des BIP.

zurückgeht. Die Konsolidierungsanstrengungen werden sich über den gesamten Programmzeitraum erstrecken, wobei der Schwerpunkt auf den frühen Programmjahren liegt, da im Jahr 2006 eine substanzielle Konsolidierung erfolgen wird. Während des ersten Teils des Programmzeitraums stützt sich die Konsolidierung in erster Linie auf Ausgabensteigerungen durch höhere Steuersätze (insbesondere eine Anhebung des MwSt-Regelsatzes von 19 % auf 21 %), geringere Steuergutschriften und eine verbesserte Steuererhebung, die die entgangenen einmaligen Einnahmen zum Teil ausgleichen. In den späteren Jahren wird der höhere Beitrag von Seiten der Ausgabenzurückhaltung voraussichtlich aus dauerhaften Maßnahmen – wie die Reform der öffentlichen Verwaltung, Eindämmung der Lohnkosten und Veränderungen in den Altersrentensystemen – resultieren, deren Haushaltswirkungen vor allem mittelfristig signifikant sein werden. Der Anteil der Investitionen an den gesamtstaatlichen Ausgaben soll sich während des Programmzeitraums nur leicht rückläufig entwickeln.

- (5) Das Haushaltsergebnis, wie es im Programm projiziert ist, unterliegt verschiedenen Risiken. Erstens kann sich die Beschleunigung der Wirtschaftstätigkeit, abhängig von den tatsächlichen Auswirkungen der finanzpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen und angesichts der erwarteten Zunahme des internationalen Wettbewerbs auf den portugiesischen Exportmärkten langsamer vollziehen als erwartet. Zweitens können die einnahmensteigernden und ausgabensenkenden Maßnahmen weniger wirksam sein, oder es kann länger dauern, bis sie die gewünschten Ergebnisse zeitigen. Durch die höheren Steuersätze steigt die Gefahr der Steuerhinterziehung, trotz der umfangreichen Maßnahmen, die zur Verbesserung der Steuermoral ergriffen werden, einschließlich einer engeren Verwaltungszusammenarbeit zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrugs. Darüber hinaus muss die angekündigte Ausgabenzurückhaltung zum überwiegenden Teil noch gesetzlich verankert werden. In Anbetracht dieser Bewertung könnte die Regierung aufgefordert werden, ihrer Verpflichtung nachzukommen, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um zu vermeiden, dass das Defizit länger als geplant den Referenzwert von 3 % des BIP überschreitet. Außerdem bietet der im Programm vorgezeichnete haushaltspolitische Kurs, selbst wenn an dem projizierten Pfad festgehalten wird, bis mindestens 2009 keine ausreichende Sicherheitsmarge, damit die Defizitobergrenze bei normalen Konjunkturschwankungen nicht überschritten wird. Sie ist auch unzureichend, um zu gewährleisten, dass das im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts während des Programmzeitraums erreicht wird, trotz einer Verringerung des zugrunde liegenden Defizits um rund 4 Prozentpunkte von 2005 bis 2009. Eine Sensitivitätsanalyse macht deutlich, dass das Defizit im Falle ungünstiger makroökonomischer Entwicklungen im Jahr 2009 immer noch bei 3 % oder sehr nah daran liegen würde.

noch Anlage 2

- (6) Die Schuldenquote überschritt im Jahr 2003 den im Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP und stieg auf 61,9 % im Jahr 2004. Gemäß der Programmfortschreibung wird sie, nach 66,5 % des BIP im Jahr 2005, im Jahr 2007 mit 67,8 % des BIP ihren Höchststand erreichen und anschließend auf 64,5 % im Jahr 2009 sinken. In Anbetracht der Risiken für die Wirtschaftstätigkeit, der Haushaltsziele und der Möglichkeit – wie in der Vergangenheit – von schulden erhöhenden Bestandsanpassungen, insbesondere der Bildung von Finanzvermögen, könnte sich die Bruttoschuldenquote zudem ungünstiger entwickeln als projiziert.
- (7) Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen scheint in Portugal wegen der projizierten Haushaltskosten der Bevölkerungsalterung mit gewissen Risiken behaftet. Die bisher durchgeführte Strukturreform, insbesondere im Bereich der Renten und des Gesundheitswesens, dürften die budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung abmildern. Diese Reformen scheinen jedoch nicht ausreichend zu sein, um die Tragfähigkeit zu gewährleisten. Die in der Fortschreibung vorgestellten Reformen, insbesondere im Bereich der öffentlichen Renten, könnten, sofern sie umfassend umgesetzt werden, zu diesem Ziel beitragen. Die Regierung hat einen Bericht in Auftrag gegeben, um die langfristige Tragfähigkeit des Systems der sozialen Sicherheit zu bewerten.
- (8) Insgesamt entspricht die in der Fortschreibung skizzierte Wirtschaftspolitik zum Teil den länderspezifischen Grundzügen der Wirtschaftspolitik im Bereich der öffentlichen Finanzen. Wie empfohlen, wird die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nach den Projektionen des Programms weitgehend von der Ausgabenseite her erfolgen und stützt sich nicht auf einmalige oder befristete Maßnahmen. Die Programmprojektionen, sofern daran festgehalten wird, unterstellen auch eine Verbesserung des konjunkturbereinigten Primärsaldos (ohne einmalige und befristete Maßnahmen) um jährlich mehr als 0,5 % des BIP. Doch ist darin nicht vorgesehen, das Defizit vor 2008 auf unter 3 % des BIP zu senken, und die geplante Ausgabenzurückhaltung wird unzureichend sein, um das im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts bis zum Ende des Programmzeitraums zu erreichen.

- (9) In Anbetracht der in dem aktualisierten Stabilitätsprogramm enthaltenen Defizit- und Schuldenstandsdaten für 2005 leitete die Kommission am 22. Juni das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit gegen Portugal ein. Der Rat wird im Rahmen seiner Entscheidung, dass in Portugal ein übermäßiges Defizit besteht, auch eine Empfehlung zur Korrektur des übermäßigen Defizits abgeben; diese Empfehlung wird u.a. eine Frist für die Korrektur des übermäßigen Defizits enthalten.

* * *

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung vertritt der Rat die Auffassung, dass Portugal

- i) die Verschlechterung der Finanzlage im Jahr 2005 durch Gewährleistung einer rigorosen Umsetzung der angekündigten Korrekturmaßnahmen begrenzen sollte,
- ii) eine nachhaltige Korrektur des übermäßigen Defizits durch einen wesentlichen Schritt im Jahr 2006 und eine erhebliche Senkung in jedem Folgejahr sobald wie möglich erreichen und die geplanten Maßnahmen zur Senkung der öffentlichen Ausgaben entschlossen umsetzen sollte, jede Möglichkeit nutzen sollte, um die Rückführung des Haushaltsdefizits zu beschleunigen, und insbesondere Spielräume schaffen sollte, um die Haushaltswirkung eines möglicherweise hinter den Projektionen zurückbleibenden Wachstums zu verkraften,
- iii) die Bruttoschuldenquote eindeutig auf Abwärtskurs bringen sollte, indem sichergestellt wird, dass die Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands die Fortschritte bei der Defizitsenkung widerspiegeln und schuldenerhöhende Finanztransaktionen vermieden werden,
- iv) im Rahmen eines umfassenden Reformprogramms zur Verbesserung der Qualität und Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen die Entwicklung der Ausgaben unter Umständen durch die Ankündigung verbindlicher Ausgabenplafonds für spezifische Ausgabenkategorien kontrollieren sollte,
- v) die Verarbeitung der Daten zum Gesamtstaat weiter verbessern sollte.

noch Anlage 2

Tabelle: Gegenüberstellung zentraler makroökonomischer und budgetärer Projektionen

		2004	2005	2006	2007	2008	2009
Reales BIP (Veränderung in %)	SP Jun. 2005	1,0	0,8	1,4	2,2	2,6	3,0
	KOM April 2005	1,0	1,1	1,7	–	–	–
	<i>SP Jan. 2004</i>	<i>1,0</i>	<i>2,5</i>	<i>2,8</i>	<i>3,0</i>	–	–
HVPI-Inflation (%)	SP Jun. 2005	2,5	2,5	2,9	2,5	2,5	2,4
	KOM April 2005	2,5	2,3	2,1	–	–	–
	<i>SP Jan. 2004</i>	<i>2,0</i>	<i>2,0</i>	<i>2,0</i>	<i>2,0</i>	–	–
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (in % des BIP)	SP Jun. 2005	-2,9	-6,2	-4,8	-3,9	-2,8	-1,6
	KOM April 2005	-2,9	-4,9	-4,7	–	–	–
	<i>SP Jan. 2004*</i>	<i>-2,8</i>	<i>-2,2</i>	<i>-1,6</i>	<i>-1,1</i>	–	–
Primärsaldo (in % des BIP)	SP Jun. 2005	-0,1	-3,3	-1,6	-0,5	0,7	1,8
	KOM April 2005	-0,1	-2,0	-1,6	–	–	–
	<i>SP Jan. 2004</i>	<i>0,1</i>	<i>0,9</i>	<i>1,5</i>	<i>2,0</i>	–	–
Konjunkturbereinigter Saldo (in % des BIP)	SP Jun. 2005¹	-2,2	-5,3	-3,8	-3,1	-2,3	-1,4
	KOM April 2005	-2,0	-3,9	-3,7	–	–	–
	<i>SP Jan. 2004¹</i>	<i>-1,7</i>	<i>-1,3</i>	<i>-0,9</i>	<i>-0,7</i>	–	–
Einmalige Maßnahmen (in % des BIP)	SP Jun. 2005	2,3	0,2	0	0	0	0
	KOM April 2005	2,3	0,3	0	–	–	–
Konjunkturbereinigter Saldo ohne einmalige Maßnahmen (in % des BIP)	SP Jun. 2005¹	-4,5	-5,5	-3,8	-3,1	-2,3	-1,4
	KOM April 2005	-4,3	-4,2	-3,7	–	–	–
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (in % des BIP)	SP Jun. 2005	61,9	66,5	67,5	67,8	66,8	64,5
	KOM April 2005	61,9	66,2	68,5	–	–	–
	<i>SP Jan. 2004*</i>	<i>60,0</i>	<i>59,7</i>	<i>58,6</i>	<i>57,0</i>	–	–
N.B.:							
¹ Berechnungen der Kommissionsdienststellen aufgrund der im Programm enthaltenen Informationen.							
* Einschließlich einmaliger und befristeter Maßnahmen.							
<u>Quellen:</u>							
Stabilitätsprogramm (SP); Frühjahrsprognose 2005 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.							

Anlage 3



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

Brüssel, den 8. März 2005 (23.06)

7132/05

UEM 86

VERMERK

des Generalsekretariats des Rates
für die Delegationen

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Sloweniens

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Sloweniens in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 8. März 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 3

ANLAGE

STELLUNGNAHME DES RATES
vom 8. März 2005
zum aktualisierten Konvergenzprogramm Sloweniens für 2004 bis 2007

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken⁴, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses -

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Am 8. März 2005 hat der Rat das aktualisierte Konvergenzprogramm Sloweniens für den Zeitraum 2004 bis 2007 geprüft. Das Programm entspricht teilweise den Datenanforderungen des „Verhaltenskodexes für Inhalt und Form der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme“. Die Staatshaushaltsdaten entsprechen nicht ganz dem ESVG 95-Standard, was an dem großen Anteil „anderer“ Einnahmen und Ausgaben in Prozent des BIP erkennbar ist. Slowenien wird daher aufgefordert, den Datenanforderungen in vollem Umfang zu entsprechen.

⁴ ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1. Die Dokumente, auf die in diesem Text verwiesen wird, sind auf folgender Website abrufbar:
http://europa.eu.int/comm/economy_finance/about/activities/sgp/main_en.htm.

- (2) Ausgehend von den derzeit verfügbaren Informationen scheint das dem Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario plausible Wachstumsannahmen zu enthalten. Es prognostiziert für 2004 ein reales BIP-Wachstum von 4% und für den verbleibenden Programmzeitraum ein Wachstum in derselben Höhe. Die Inflationsprojektionen dürften erreichbar sein, es bestehen jedoch weiterhin Risiken.
- (3) Mit der dem Programm zugrunde liegenden haushaltspolitischen Strategie werden solide öffentliche Finanzen angestrebt, wie sie durch eine nahezu ausgeglichene Haushaltsposition definiert werden. Allerdings wird sich dieses Ziel nicht während des Programmzeitraums realisieren lassen. Im Programm ist ein schrittweiser Abbau des gesamtstaatlichen Defizits während des Programmzeitraums vorgesehen, der einer deutlichen Senkung des Ausgabenanteils in % des BIP entspricht. Die Einnahmequote, die bis 2006 stetig sinken wird, wird gegen Ende des Programmzeitraums aufgrund der positiven Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf den Haushalt wieder ansteigen. Das Defizit wird sich entsprechend diesem Anpassungspfad in den nächsten vier Jahren halbieren und 2007 knapp über 1% liegen. Im Vergleich zum Vorgängerprogramm bestätigt das aktualisierte Programm die dort vorgesehene Anpassung weitgehend, allerdings auf der Grundlage eines etwas günstigeren makroökonomischen Szenarios.
- (4) Die Risiken für die im Programm enthaltenen Haushaltsprojektionen dürften sich insgesamt die Waage halten. Einerseits unterstützt ein plausibles makroökonomisches Szenario die Umsetzung der Defizitziele. Außerdem steht es im Ermessen der Regierung, Forderungen nach weiteren Ausgaben abzulehnen, um das Defizitziel, sollte es durch ungünstige Umstände gefährdet sein, wie bereits 2004 zu schützen. Außerdem ist der für 2005-2007 veranschlagte jährliche Ausfall an Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von 0,3% des BIP möglicherweise zu hoch angesetzt, wodurch die Projektionen bezüglich der Steuereinnahmen allzu vorsichtig formuliert werden. Andererseits könnte die Höhe der direkten Steuereinnahmen nach der verabschiedeten Steuerreform ungewiss sein. Außerdem ist das Ergebnis für 2007 zum Teil auf die neue Finanzielle Vorausschau der EU für 2007-2013 zurückzuführen, wobei von einem deutlichen Anstieg der Netto-Zuflüsse aus dem EU-Haushalt ausgegangen wird. Sollte die für 2006 vorgesehene Überarbeitung der derzeitigen Rentenindexierungsformel zu einer Lockerung der Parameter führen, besteht außerdem insbesondere im Zusammenhang mit den Rentenausgaben die Gefahr von Ausgabenüberschreitungen.

noch Anlage 3

- (5) In Anbetracht dieser Risikoeinschätzung dürfte der im Programm dargelegte haushaltspolitische Kurs außer für das letzte Jahr des Programms keine ausreichende Sicherheitsmarge gegen ein Überschreiten der Defizitgrenze von 3 % des BIP bei normalen Konjunkturschwankungen bieten. Er ist ebenfalls unzureichend, um zu gewährleisten, dass das im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene mittelfristige Ziel eines in etwa ausgeglichenen Haushalts bis 2007 erreicht wird.
- (6) Der staatliche Bruttoschuldenstand ist relativ niedrig: Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 30,2 % des BIP und damit deutlich unter dem im EG-Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60% des BIP. Für 2007 wird mit einem Rückgang der Schuldenquote auf 29,7% des BIP gerechnet.
- (7) Für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die maßgeblich durch die voraussichtlichen Kosten einer alternden Bevölkerung bestimmt wird, besteht in Slowenien ein gewisses Risiko. Zwar hat die angelaufene Rentenreform positive Auswirkungen auf den Haushalt, aber für die Zeit über 2010 hinaus wird weiterhin ein sehr starker Anstieg der Rentenausgaben erwartet. Unbeschadet der 2004 ergriffenen Maßnahmen zur Rationalisierung des Gesundheitssystems würde außerdem eine weitere tief greifende Reform des Gesundheitssystems zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beitragen.

* * *

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung vertritt der Rat die Auffassung, dass Slowenien

- (i) alle sich bietenden Möglichkeiten nutzen sollte, um den Abbau des gesamtstaatlichen Defizits zu beschleunigen und
- (ii) weitere Maßnahmen treffen sollte, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, u.a. durch die Rentenreform und die Reform des Gesundheitssystems.

noch Anlage 3

Tabelle: Vergleich der wichtigsten makroökonomischen und budgetären Projektionen

		2004	2005	2006	2007
Reales BIP (Veränderung in %)	KP Jan. 2005	4,0	3,8	3,9	4,0
	KOM Okt. 2004	4,0	3,6	3,8	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	3,6	3,7	3,8	3,9
HVPI-Inflation (%)	KP Jan. 2005¹	3,6	3,0	2,7	2,6
	KOM Okt. 2004	3,9	3,4	3,0	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	3,3	3,0	2,7	2,6
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	KP Jan. 2005	-2,1	-2,1	-1,8	-1,1
	KOM Okt. 2004	-2,3	-2,2	-1,9	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	-1,9	-1,8	-1,5	-0,9
Primärsaldo (% des BIP)	KP Jan. 2005	-0,3	-0,4	-0,2	0,4
	KOM Okt. 2004	-0,3	-0,2	-0,1	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	-0,3	-0,4	-0,2	0,4
Öffentlicher Bruttoschuldenstand (% des BIP)	KP Jan. 2005	30,2	30,7	30,9	29,7
	KOM Okt. 2004	30,9	30,8	30,6	n.v.
	<i>KP Mai 2004</i>	29,1	29,5	29,4	28,4
Note:					
¹ VPI-Inflation (für das Konvergenzprogramm).					
Quellen:					
<i>Konvergenzprogramm (KP); Herbstprognose 2004 der Kommission (KOM).</i>					

Anlage 4



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 8. März 2005 (24.06)
(OR. en)**

7131/05

UEM 85

VERMERK

des Generalsekretariats des Rates
für die Delegationen

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Ungarns

Die Delegationen erhalten anbei die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Ungarns in der vom Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 8. März 2005 angenommenen Fassung.

Anlage

noch Anlage 4

ANLAGE

STELLUNGNAHME DES RATES
vom 8. März 2005
zum aktualisierten Konvergenzprogramm Ungarns für 2004–2008

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken¹, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

auf Empfehlung der Kommission,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Finanzausschusses –

GIBT FOLGENDE STELLUNGNAHME AB:

- (1) Der Rat hat am 8. März 2005 das aktualisierte Konvergenzprogramm Ungarns für den Zeitraum 2004–2008 geprüft. Das Programm entspricht den Vorgaben des Verhaltenskodex für Form und Inhalt der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme. Es enthält alle vorgeschriebenen Daten², wenngleich eine freiwillige Angabe (die langfristigen Kosten des Gesundheitssystems) fehlt.
- (2) Das dem aktualisierten Programm zugrunde liegende makroökonomische Szenario sieht ein reales BIP-Wachstum vor, das sich von 3,9 % im Jahr 2004 bis zum Ende des Programmzeitraums allmählich auf 4,6 % erhöht. Diese Wachstumsannahmen scheinen nach derzeitigem Kenntnisstand recht günstig. Die Inflationsprojektionen des Programms scheinen weitgehend realistisch.

¹ ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 1.

² Der Primärsaldo wird nicht nach der üblichen Methode ermittelt.

noch Anlage 4

- (3) Der Rat hat am 5. Juli 2004 entschieden, dass in Ungarn ein übermäßiges Defizit besteht, und hat empfohlen, es bis 2008 zu korrigieren. Im aktualisierten Programm wird der folgende Defizitpfad prognostiziert: 4,4 % des BIP im Jahr 2004, 3,6 % im Jahr 2005, 2,9 % im Jahr 2006, 2,2 % im Jahr 2007 und 1,6 % des BIP im Jahr 2008. Diese Zahlen stehen im Einklang mit der Eurostat-Entscheidung vom 23. September 2004, nach der Pensionsfonds der zweiten Säule während einer Übergangsfrist, d.h. bis zur Datenmeldung im März 2007, dem Sektor Gesamtstaat zugeordnet werden dürfen. Die ungarischen Behörden haben beschlossen, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen, und geben die gesamtstaatlichen Defizitzahlen dementsprechend unter Herausrechnung der Belastung an, die sich durch die Rentenreform von 1998 ergibt.¹ Bei der Aktualisierung wird an der Zielmarke zur Korrektur des übermäßigen Defizits festgehalten. Nach der geschätzten Konsolidierung von 0,9 Prozentpunkten des BIP im Jahr 2004 prognostiziert das aktualisierte Programm für die verbleibenden Jahre eine jährliche Anpassung von etwa 0,6–0,7 Prozentpunkten. Die im aktualisierten Programm enthaltene Konsolidierungsstrategie beruht auf einer Senkung der Ausgabenquote, unterstützt durch Strukturreformen und gekoppelt mit einer gedämpfteren Abnahme der Einnahmenquote. Die ausgeprägteste Ausgabensenkung soll 2005 erfolgen und in erster Linie durch einen Rückgang der Zinslast von 0,5 Prozentpunkt und eine Verringerung der öffentlichen Investitionsausgaben von 1,7 Prozentpunkten ermöglicht werden. Der Ausgabenrückgang bei den öffentlichen Investitionen würde durch einen verstärkten Rückgriff auf gemeinsame Projekte des öffentlichen und des privaten Sektors ausgeglichen. Weder zum Zeitplan noch zu den ausgabensenkenden Maßnahmen der Folgejahre werden ausreichend detaillierte Angaben gemacht. Der Anpassungspfad für das Primärdefizit soll dem für das gesamtstaatliche Defizit entsprechen. Aus dem Primärdefizit soll 2008 (unter Einbeziehung der Belastung durch die Rentenfonds) ein leichter Überschuss werden.

¹ Unter Einbeziehung der Belastung durch die Rentenreform ergäbe sich für den Zeitraum 2004 bis 2008 der folgende Defizitpfad: 5,3 %, 4,7 %, 4,1 %, 3,4 % und 2,8 % (des BIP).

- (4) Der im Programm beschriebene Anpassungspfad und insbesondere das für 2005 gesetzte Defizitziel zusammen mit einer späteren Anpassung von zwei Prozentpunkten des BIP können unter der Voraussetzung, dass sie durch ausreichende Maßnahmen unterstützt werden, zur Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2008 als angemessen betrachtet werden. Doch lässt das für das letzte Jahr gesetzte Ziel von 2,8 % des BIP (unter Einrechnung der Belastung durch die Rentenreform) nur eine geringe Sicherheitsmarge, die sich durch eine veränderte Ausgangsposition infolge der Tatsache, dass in Bezug auf das Haushaltsergebnis 2004 nach wie vor einige Unsicherheiten bestehen¹, weiter verringern könnte. Die Haushaltsprojektionen des Programms scheinen mit recht großen Risiken behaftet: i) Nach der Herbstprognose der Kommissionsdienststellen sind die Defizitziele für 2005 und 2006 offensichtlich gefährdet. Für 2005 trägt sie der Tatsache Rechnung, dass die Regierung für den Fall, dass das Ziel 2005 überschritten wird, eine "Notfallreserve" im Umfang von 0,5 % des BIP gebildet hat. Auch wenn diese Reserve zu begrüßen ist, scheint ihr Umfang im Hinblick auf die Risiken, mit denen der Haushalt 2005 behaftet ist, unzureichend zu sein. Auch wird befürchtet, dass diese Reserve zu früh im Jahr freigegeben werden könnte, so dass die Anreize für einen rigorosen Haushaltsvollzug 2005 verringert würden. Ein Verfehlen der Ziele für 2005 und 2006 würde den Anpassungsdruck in den Jahren 2007 und 2008 erhöhen. ii) Die vorgesehenen Ausgabenkürzungen sind mit gewissen Risiken verbunden, da die im Haushalt 2005 enthaltenen Reformen nicht in eine umfassende Reformstrategie eingebettet sind. iii) Auch an der Verwirklichung der Ausgaben- und Einnahmenziele sind Zweifel angebracht, da die in den Vorjahren gesetzten Ziele mit großem Abstand verfehlt wurden. Außerdem könnte jede etwaige Senkung der MWSt-Sätze im Rahmen der eingeleiteten Steuerreformen das Risiko hinsichtlich der Einnahmen erhöhen, selbst wenn sie durch die Erhöhung anderer Sätze ausgeglichen werden soll; daher müsste ihre Terminierung sorgfältig abgewogen und von der vollständigen Erreichung der Defizitziele abhängig gemacht werden. iv) Ein zusätzliches Risiko könnten die Verzögerungen bei den MWSt-Erstattungen für im Jahr 2004 ausgeführte wirtschaftliche Tätigkeiten mit sich bringen, wenngleich sich die Behörden zu einer Beschleunigung der Erstattungen verpflichtet haben, um eine Belastung des Haushalts 2005 zu vermeiden. Auf der anderen Seite könnte die Ende 2004 eingeleitete verstärkte Kontrolle der MWSt-Erstattungen auch zu einer Verringerung der erwarteten MWSt-Ausfälle beitragen, was ein gewisses Abwärtsrisiko darstellt.

¹ Es gibt Unsicherheiten für die Gesamtrechnung, die mit Agrarsubventionszahlungen zusammenhängen und die Differenz zwischen dem auf Kassenbasis und dem nach dem Konzept der Periodenabgrenzung ermittelten Defizit im Jahr 2004 erhöhen könnten. Wenn die MWSt-Erstattungen der Auskunft der ungarischen Behörden entsprechend beschleunigt werden, könnten sie das Defizit 2004 um fast 0,7 Prozentpunkte erhöhen.

noch Anlage 4

- (5) In Anbetracht dieser Bewertung besteht die Gefahr, dass das Haushaltsergebnis hinter den Projektionen der Programmfortschreibung zurückbleibt. Wenngleich der im Programm dargelegte Anpassungspfad und insbesondere das für das Jahr 2005 gesetzte Defizitziel zusammen mit einer späteren Anpassung von zwei Prozentpunkten des BIP zur Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2008 als angemessen betrachtet werden kann, scheint der finanzpolitische Kurs des Programms nicht auszureichen, um diesen Pfad umzusetzen und zu gewährleisten, dass das Defizit bis 2008 auf unter 3 % des BIP gesenkt werden kann. Um den Anpassungspfad glaubwürdig zu gestalten, wären zusätzliche Maßnahmen erforderlich. Insbesondere ist es vorrangig, das neue Ziel 2005 zu erreichen. In Anbetracht der vorstehenden Bewertung waren zusätzliche Maßnahmen im Umfang von mindestens einem halben Prozentpunkt des BIP angemessen.
- (6) Die Schuldenquote lag 2004 bei schätzungsweise 56,7 % des BIP im Jahr 2004 (und würde unter Einrechnung der Belastung durch die Rentenreform 59,9 % des BIP erreichen und damit knapp unter dem im Vertrag vorgesehenen Referenzwert von 60 % des BIP liegen). Dem Programm zufolge soll die Schuldenquote im Programmzeitraum um ca. 7 Prozentpunkte sinken. Bei der Schuldenquote bestehen die gleichen Risiken wie bei den Defizitprojektionen.
- (7) Hinsichtlich der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen scheinen in Ungarn aufgrund der projizierten Haushaltsbelastung der Bevölkerungsalterung gewisse Risiken zu bestehen. Ein Grund dafür ist die Ungewissheit über die langfristigen Haushaltstrends, die wiederum auf fehlende Informationen über die voraussichtlichen Kosten des Gesundheitssystems zurückzuführen ist. Die im Programm dargelegte Strategie besteht in erster Linie darin, in den kommenden Jahren den Haushalt zu konsolidieren und künftig weitere Reformen auf den Weg zu bringen. Das reformierte Rentensystem und u.a. auch die Einführung der finanzierten zweiten Säule tragen konsequent dazu bei, die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf den Haushalt abzuschwächen und die Risiken auf Dauer nicht tragfähiger öffentlicher Finanzen zu verringern. Wichtig ist aber auch, andere Reformen – vor allem im Gesundheitswesen – fortzuführen und die geplante Haushaltskonsolidierung auf mittlere Sicht energisch in die Tat umzusetzen.

noch Anlage 4

- (8) Die im Programm dargestellte Wirtschaftspolitik stimmt teilweise mit den in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik enthaltenen länderspezifischen Empfehlungen für den Bereich öffentliche Finanzen überein. Demnach war das gesamtstaatliche Defizit "innerhalb eines mehrjährigen Rahmens gemäß den vom Rat im Zusammenhang mit der haushaltspolitischen Überwachung getroffenen Entscheidungen glaubwürdig und nachhaltig abzubauen". Wie vom Rat am 18. Januar 2005 gemäß Artikel 104 Absatz 8 des Vertrags festgestellt wurde, ist Ungarn den vom Rat am 5. Juli 2004 im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit ausgesprochenen Empfehlungen nach Artikel 104 Absatz 7 nicht gefolgt, obwohl es im Jahr 2004 eine haushaltspolitische Anpassung vorgenommen hat.

* * *

In Anbetracht der vorstehenden Bewertung und angesichts der Empfehlungen des Rates nach Artikel 104 Absatz 7 vom 8. März 2005 sollte Ungarn nach Auffassung des Rates

- i) mittelfristig Maßnahmen treffen, um das Defizit unter Einrechnung der Belastung durch die Rentenreform bis 2008 auf glaubhafte und nachhaltige Weise unter 3 % des BIP zu senken, und zwar insbesondere durch Einleitung zusätzlicher Maßnahmen, die es ermöglichen, das Defizitziel für 2005 zu erreichen und anschließend eine weitere Anpassung von 2 Prozentpunkten des BIP vorzunehmen, um das übermäßige Defizit bis 2008 abzubauen sowie durch Nutzung jeder Möglichkeit, um die Haushaltsanpassung zu beschleunigen,
- ii) die Terminierung und Durchführung etwaiger zusätzlicher Steuersenkungen von der Einhaltung der Defizitziele des im Dezember 2004 vorgelegten aktualisierten Konvergenzprogramms abhängig machen,
- iii) die geplanten Reformen in der öffentlichen Verwaltung sowie im Gesundheits- und Bildungssystem wie angekündigt fortsetzen, auch im Hinblick auf die Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

noch Anlage 4

Gegenüberstellung zentraler makroökonomischer und budgetärer Projektionen

		2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (Veränderung in %)	KP Dez. 2004	3,9	4,0	4,2	4,3	4,6
	KOM	3,9	3,7	3,8	n.a.	n.a.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>3,3-3,5</i>	<i>3,5-4,0</i>	<i>ca.4</i>	<i>4-4,5</i>	<i>4,5-5,0</i>
HVPI-Inflation (%)	KP Dez. 2004	6,8	4,5	4,0	3,5	3,0
	KOM	6,9	4,6	4,2	n.a.	n.a.
	<i>KP Mai 2004</i>	<i>ca.6,5</i>	<i>ca.4,5</i>	<i>ca.4</i>	<i>ca.3,5</i>	<i>ca.3</i>
Gesamt- staatlicher Haushaltssaldo (% des BIP)	KP Dez. 2004¹	-4,4	-3,6	-2,9	-2,2	-1,6
	<i>mit Rentenreform²</i>	<i>-5,3</i>	<i>-4,7</i>	<i>-4,1</i>	-3,4	-2,8
	KOM ³	-5,5	-5,2	-4,7	n.a.	n.a.
Primärsaldo (% des BIP)	KP Dez. 2004¹	0,4	0,0	0,2	<i>0,6</i>	<i>1,0</i>
	<i>mit Rentenreform²</i>	<i>-1,1</i>	<i>-0,9</i>	<i>-0,7</i>	-0,3	0,1
	KOM ³	-1,1	-1,2	-1,1	n.a.	n.a.
Öffentlicher Brutto- schuldenstand (% des BIP)	KP Dez. 2004¹	56,7	55,5	53,0	<i>50,6</i>	<i>48,3</i>
	<i>mit Rentenreform²</i>	<i>59,9</i>	<i>58,6</i>	<i>56,8</i>	54,9	53,2
	KOM ³	59,7	59,5	58,9	n.a.	n.a.
	<i>KP Mai 2004⁴</i>	<i>59,4</i>	<i>57,9</i>	<i>56,8</i>	<i>55,6</i>	<i>53,7</i>

N.B.:

¹ Die ungarischen Behörden haben beschlossen, die nach Eurostat zulässige Übergangsfrist in Anspruch zu nehmen und Pensionsfonds der zweiten Säule dem staatlichen Sektor zuzuordnen. Gegenüber dem Programm vom Mai 2004 verringert diese Neuordnung das jährliche Defizit zwischen 2004 und 2008 um 0,9 - 1,2 Prozentpunkte. Die Übergangsfrist endet mit der Datenmeldung im März 2007.

² Diese Werte wurden nicht korrigiert und enthalten daher die Belastung durch die Rentenreform. Sie werden hier aufgeführt, um einen Vergleich mit dem vorangehenden Programm und der Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen zu ermöglichen, wobei das Ziel für 2007 und 2008 nicht mehr unter diese Neuordnung der Pensionsfonds der zweiten Säule fällt.

³ Bei diesen Prognosen der Kommission handelt es sich um nicht korrigierte Werte; sie schließen daher die Belastung durch die Rentenreform ein.

⁴ Diese im ungarischen Konvergenzprogramm 2004 aufgeführten Werte schließen die Belastung durch die Rentenreform ein.

Quellen:

Konvergenzprogramm (KP); Herbstprognose 2004 der Kommissionsdienststellen (KOM); Berechnungen der Kommissionsdienststellen.

Anlage 5



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

Brüssel, den 6. April 2005

**6495/05
COR 1 (de)**

UEM 54

KORRIGENDUM ZUM VERMERK

des Generalsekretariat des Rates

für die Delegationen

Betr.: Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Konvergenzprogramm Estlands

Auf Seite 4 muss es unter Nummer 7 in der vorletzten Zeile "unter fiskalpolitischen Aspekten" statt "aus steuerpolitischer Sicht" heißen.

Anlage 6

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2004/2005

BMF

Stand: August 2005

Länder	BIP-Wachstum [in v. H.]				Finanzierungssaldo [in v. H. des BIP]				Bruttostaatsschulden [in v. H. des BIP]			
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland												
Programm 2004	1,8	1,7	1,7	1,7	1 ¼	1 ¼	-3,8	-3,4	-2,9	-2,9	-2	-1 ½
KOM Frühjahr 2005*	-0,1	1,6	0,8	1,6	1,6	1,6	-3,8	-3,7	-3,3	-2,8	-2,8	-1 ½
Frankreich												
Programm 2004	0,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	-4,2	-3,6	-2,9	-2,2	-1,6	-0,9
KOM Frühjahr 2005*	0,5	2,5	2,0	2,2	2,2	2,5	-4,2	-3,7	-3,0	-3,4	-3,4	-0,9
Italien												
Programm 2004	0,3	1,2	2,1	2,2	2,2	2,3	-2,4	-2,9	-2,7	-2,0	-1,4	-0,9
KOM Frühjahr 2005*	0,3	1,2	1,2	1,7	1,7	2,3	-2,9	-3,0	-3,6	-4,6	-4,6	-0,9
Spanien												
Programm 2004	2,5	2,6	2,9	3,0	3,0	3,0	0,4	-0,8	0,1	0,2	0,4	0,4
KOM Frühjahr 2005*	2,5	2,7	2,7	2,7	2,7	3,0	0,3	-0,3	0,0	0,1	0,1	0,4
Niederlande												
Programm 2004	-0,9	1 ¼	1 ½	2 ½	2 ½	2 ½	-3,2	-3,0	-2,6	-2,1	-1,9	-1,9
KOM Frühjahr 2005*	-0,9	1,3	1,0	2,0	2,0	2 ½	-3,2	-2,5	-2,0	-1,6	-1,6	-1,9
Griechenland												
Programm 2004	4,7	4,2	3,9	4,0	4,0	4,2	-5,2	-6,1	-3,5	-2,8	-2,2	-2,2
Programm 2005**	4,7	4,2	2,9	3,1	3,1	4,2	-5,2	-6,1	-4,5	-4,4	-4,4	-2,2
Portugal												
Programm 2005**	-1,1	1,0	0,8	1,4	1,4	2,2	-5,4	-5,2	-6,2	-4,8	-3,9	-2,8
KOM Frühjahr 2005*	-1,1	1,0	1,1	1,7	1,7	2,6	-2,9	-2,9	-4,9	-4,7	-4,7	-2,8
Belgien												
Programm 2004	1,3	2,4	2,5	2,5	2,5	2,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,3	0,6
KOM Frühjahr 2005*	1,3	2,7	2,2	2,3	2,3	2,1	0,4	0,1	-0,2	-0,6	-0,6	0,6
Österreich												
Programm 2004	0,8	1,9	2,5	2,5	2,5	2,4	-1,1	-1,3	-1,9	-1,7	-0,8	0,0
KOM Frühjahr 2005*	0,8	2,0	2,1	2,1	2,1	2,4	-1,1	-1,3	-2,0	-1,7	-0,8	0,0
Finnland												
Programm 2004	2,0	3,2	2,8	2,4	2,4	2,0	2,1	2,0	1,8	2,1	2,2	2,0
KOM Frühjahr 2005*	2,4	3,7	3,3	2,9	2,9	2,0	2,5	2,1	1,7	1,6	2,2	2,0
Irland												
Programm 2004	3,7	5,3	5,1	5,2	5,2	5,4	0,1	0,9	-0,8	-0,6	-0,6	-0,6
KOM Frühjahr 2005*	3,7	5,4	4,9	5,1	5,1	5,4	0,2	1,3	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6
Luxemburg												
Programm 2004	2,9	4,4	3,8	3,3	3,3	4,3	0,8	-1,4	-1,0	-0,9	-1,0	-1,0
KOM Frühjahr 2005*	2,9	4,2	3,8	4,0	4,0	4,3	0,5	-1,1	-1,5	-1,9	-1,9	-1,9
Euro-Zone												
KOM Frühjahr 2005*	0,6	2,0	1,6	2,1	2,1	2,1	-2,8	-2,7	-2,6	-2,7	-2,7	-2,7
EU25												
KOM Frühjahr 2005*	1,0	2,4	2,0	2,3	2,3	2,3	-2,9	-2,6	-2,6	-2,5	-2,5	-2,5

** Griechenland und Portugal haben im März bzw. im Juni 2005 Überarbeitungen ihrer aktualisierten Programme aus 2004 vorgelegt.

* Frühjahrsprognose der EU-Kommission, April 2005

Seite 1

Tab_SKP_2004-2005kurz_09082005.xls

Stand: August 2005

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2004/2005

BMF

Länder	BIP-Wachstum [in v. H.]				Finanzierungssaldo [in v. H. des BIP]				Bruttostaatsschulden [in v. H. des BIP]										
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2003	2004	2005	2006	2007	2008	
Großbritannien																			
Programm 2004	2,25	3,25	3,25	2,75	2,5		-3,1	-2,8	-2,7	-2,2	-2,0	-1,6	39,5	40,9	41,8	42,4	42,8	42,8	
KOM Frühjahr 2005*	2,2	3,1	2,8	2,8			-3,4	-3,2	-3,0	-2,7			39,7	41,6	41,9	42,5			
Polen**																			
Programm 2004	3,8	5,7	5,0	4,8	5,6		-3,9	-5,4	-3,9	-3,2	-2,2		45,4	45,9	47,6	48,0	47,3		
KOM Frühjahr 2005*	3,8	5,3	4,4	4,5			-4,5	-4,8	-4,4	-3,8			45,4	43,6	46,8	47,6			
Tschechien																			
Programm 2004	3,1	3,8	3,6	3,7	3,8		-12,6	-5,2	-4,7	-3,8	-3,3		37,8	38,6	38,3	39,2	40,0		
KOM Frühjahr 2005*	3,7	4,0	4,0	4,2			-11,7	-3,0	-4,5	-4,0			38,3	37,4	36,4	37,0			
Ungarn***																			
Programm 2004	3,0	3,9	4,0	4,2	4,3	4,6	-5,5	-4,4	-3,6	-2,9	-2,2	-1,6	57,0	56,7	55,5	53,0	50,6	48,3	
KOM Frühjahr 2005*	3,0	4,0	3,9	3,8			-6,2	-4,5	-3,9	-4,1			56,9	57,6	57,8	57,9			
Schweden																			
Programm 2004	1,6	3,5	3,0	2,5	2,3		0,5	0,7	0,6	0,4	0,9		52,0	51,7	50,5	50,0	49,0		
KOM Frühjahr 2005*	1,5	3,5	3,0	2,8			0,2	1,4	0,8	0,8			52,0	51,2	50,3	49,2			
Slowakei***																			
Programm 2004	4,2	5,0	4,5	5,1	5,4		-3,7	-3,8	-3,4	-2,9	-1,9		42,8	43,0	44,2	45,3	45,5		
KOM Frühjahr 2005*	4,5	5,5	4,9	5,2			-3,7	-3,3	-3,8	-4,0			42,6	43,6	44,2	44,9			
Dänemark																			
Programm 2004	0,5	2,2	2,5	1,3	1,9		1,2	1,2	2,0	1,6	1,7		44,7	42,5	39,4	37,4	35,3		
KOM Frühjahr 2005*	0,4	2,0	2,3	2,1			1,2	2,8	2,1	2,2			44,7	42,7	40,5	38,2			
Litauen																			
Programm 2004	9,7	6,5	6,5	6,2	6,0		-1,9	-2,5	-2,5	-1,8	-1,5		21,4	20,1	20,9	20,3	20,1		
KOM Frühjahr 2005*	9,7	6,7	6,4	5,9			-1,9	-2,5	-2,4	-1,9			21,4	19,7	21,2	20,9			
Lettland																			
Programm 2004	7,5	8,1	6,7	6,5	6,5		-1,5	-1,7	-1,6	-1,5	-1,4		14,4	14,2	14,5	15,8	15,0		
KOM Frühjahr 2005*	7,5	8,5	7,2	6,9			-1,5	-0,8	-1,6	-1,5			14,4	14,4	14,0	14,3			
Slowenien																			
Programm 2004	2,5	4,0	3,8	3,9	4,0		-2,0	-2,1	-2,1	-1,8	-1,1		29,4	30,2	30,7	30,9	29,7		
KOM Frühjahr 2005*	2,5	4,6	3,7	4,0			-2,0	-1,9	-2,2	-2,1			29,4	29,4	30,2	30,4			
Estland																			
Programm 2004	5,1	5,6	5,9	6,0	6,0	6,0	3,1	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5,3	4,8	4,6	4,3	3,1	2,9	
KOM Frühjahr 2005*	5,1	6,2	6,0	6,2			3,1	1,8	0,9	0,5			5,3	4,9	4,3	4,0			
Zypern																			
Programm 2004	1,9	3,6	4,0	4,4	4,5	4,5	-6,3	-4,8	-2,9	-1,7	-1,5	-0,9	69,8	74,9	71,9	69,2	65,7	58,1	
KOM Frühjahr 2005*	2,0	3,7	3,9	4,2			-6,3	-4,2	-2,9	-1,9			69,8	71,9	69,1	66,6			
Malta																			
Programm 2004	-0,3	0,6	1,5	1,8	2,2		-9,6	-5,2	-3,7	-2,3	-1,4		70,4	73,4	72,0	70,5	70,4		
KOM Frühjahr 2005*	-1,8	1,5	1,7	1,9			-10,5	-5,2	-3,9	-2,8			71,8	75,0	76,4	77,1			
EU25																			
KOM Frühjahr 2005*	1,0	2,4	2,0	2,3			-2,9	-2,6	-2,6	-2,5			63,3	63,8	64,1	64,2			

*** Finanzierungssaldo ohne Belastungen aus der Rentenreform. Er enthält nicht den einnahmehindernden und somit defizit erhöhenden Effekt des kapitalgedeckten Rentensystems.

* Frühjahrsprognose der EU-Kommission, April 2005

